



TITEL

# Trumps Triumph

Von  
STEPHAN BIERLING

Fotos  
MARK PETERSON

Zunächst nicht ernst genommen, dann Präsident, als Fehltritt abgewählt und sich wieder zurückgekämpft ins Amt: Donald Trump gelingt das größte politische Comeback der US-Geschichte. Er wird die USA und die Welt verändern wie kein Präsident vor ihm seit fast einem Jahrhundert.



**E**r hat es wieder getan. Wie 2016 und 2020 schnitt Donald Trump besser ab, als von den Demoskopern vorhergesagt. 2 Prozentpunkte mehr holte er am Ende landesweit als Kamala Harris. Was vor 30 Jahren als knapper Sieg gegolten hätte, war diesmal ein Erdbeben. Denn es gibt fast nur noch Stammwähler in den USA, und die beiden Parteien liegen seit einem guten Jahrzehnt gleichauf. Wenige Prozentpunkte hin oder her haben in einem Wahlsystem, das nur den Sieger belohnt, deshalb enorme Folgen.

Mit gut 50 Prozent erzielte Trump das zweitbeste Ergebnis eines republikanischen Präsidentschaftsbewerbers seit 1992, lediglich George W. Bush holte 2004 mit 50,7 Prozent mehr Stimmen. Als Bonus gewann Trump den Senat und wohl auch das Repräsentantenhaus.

Die USA leben im Trump-Zeitalter. Trump ist ein transformativer Präsident; kein Präsident seit Franklin Roosevelt (1933–1945) hat dem Politikbetrieb so sehr seinen Stempel aufgedrückt. Steht er seine zweite Amtszeit durch, wird er das Land 14 Jahre lang, von 2015 bis 2029, in seinen Bann geschlagen haben.

Mit seinem Sieg beerdigte Trump die Partei von Ronald Reagan, George Bush und John McCain – sowohl, was ihre Programmatik, als auch, was die sie tragende Wählerkoalition anlangt. Wie ein Exorzist hat er der Grand Old Party (GOP), wie sich die Republikaner selbst nennen, Freihandel, Sparhaushalte, Multilateralismus und Feindschaft zu Russland ausgetrieben. Und er hat sie von einer Partei der Wirtschaftsliberalen und des

Establishments in eine multiethnische Arbeiterpartei verwandelt. Bei Latinos und Schwarzen, vor allem schlechter gebildeten Männern, holte Trump mehr Stimmen als jeder andere Präsidentschaftsbewerber seiner Partei seit 50 Jahren. Einer der wenigen, der das vorhersagte, war der republikanische Wahlforscher Patrick Ruffini. Schon vergangenes Jahr veröffentlichte er ein Buch mit dem seherischen Titel „Party of the People: Inside the Multiracial Populist Coalition Remaking the GOP“.

Die vielen Hundert ehemaligen republikanischen Mandatsträger, die sich, angeführt von Liz Cheney, für Harris aussprachen und ihren Wahlkampf unterstützten, müssen sich eine neue politische Heimat suchen – oder sich in die Rente verabschieden. Die Republikaner sind mehr denn je die Partei Trumps, eine interne Opposition existiert nicht mehr. „Sein Wille geschehe“, so dürfte in den nächsten vier Jahren ihre oberste Maxime lauten. Wer künftig etwas werden will bei den Republikanern, auf Lokal-, Regional- oder Bundesebene, braucht dafür seinen Segen. Mit dem Wahlsieg hat Trump, der mit 78 Jahren älteste je gewählte Präsident, zugleich sein Erbe bestellt. Die Zukunft der Partei liegt bei einer jüngeren und eloquenteren, aber ebenso radikalen und skrupellosen Version seiner selbst: Vizepräsident JD Vance, nicht bei Nikki Haley oder Glenn Youngkin, Vertretern des moderaten Flügels. Vance wird mit 40 einer der jüngsten „Veeps“ der US-Geschichte, und ihm ist zuzutrauen, Trumps Bewegung nach dessen Abschied aus dem Weißen Haus zusammenzuhalten.

Trump hat allerdings nicht nur die Republikaner verändert. Vielmehr sind durch seinen Wahlerfolg auch die Demokraten im Mark erschüttert. Von 1992 bis 2020 hatten sie bei acht Präsidentschaftswahlen sieben Mal mehr Wähler als die Republikaner gewonnen. Deshalb glaubten sie, Zeitgeist und demografischer Trend stünden hinter ihnen, sie seien auf bestem Weg zur dauerhaften Mehrheitspartei. Ihre Kernklientel – Minderheiten, Gutausgebildete und Säkulare – würde zulegen in der Gesellschaft und eine demokratische Ära einleiten. Heute sind die Demokraten geschlagen, ihre Blühträume zerstoßen – und mit ihnen die Idee, dass Schwarze, Latinos, Asien-Amerikaner, Frauen reflexhaft für sie stimmen. Dieses reduktionistische Weltbild liegt seit dem 5. November in Trümmern. Menschen sind kompliziertere Wesen, als die Identitätsapostel glauben. Auch eine Frau kann Trump trotz all seines Sexismus wählen, weil ihr vielleicht die ungezügeltere Einwanderung mehr Sorge bereitet, und ein Latino für ihn stimmen, weil er sich von ihm bessere Jobchancen

**Die Zukunft der Partei liegt bei einer jüngeren und eloquenteren, aber ebenso radikalen Version von Trump selbst**



**STEPHAN BIERLING**  
lehrt Internationale

Politik an der Universität  
Regensburg. Gerade erschien  
sein Buch „Die Unvereinigten  
Staaten. Das politische System  
der USA und die Zukunft der  
Demokratie“ im Verlag C. H. Beck.

verspricht – obwohl der mexikanische Einwanderer als Vergewaltiger und Mörder schmäht.

Wie Roosevelt die Republikaner zu Sozialstaat und internationalem Engagement bekehrte, so zwingt Trump jetzt den Demokraten seine Agenda auf. Schon Hillary Clinton und Joe Biden waren 2016 und 2020 auf seine harte Linie bei Freihandel und Chinapolitik eingeschwenkt und hatten das von Barack Obama ausgehandelte Transpazifische Freihandelsabkommen verleugnet und die Strafzölle gegen Peking kopiert. In ihrem Kurz-Wahlkampf imitierte Harris Trumps Positionen bei Einwanderung, Fracking und Verbrechensbekämpfung, ja selbst beim Versprechen der Steuerbefreiung von Trinkgeldern.

Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis die Demokraten ihre Fixierung auf Klimaschutz, Gender und Wokeness aus ihrer Agenda verbannen. Doch für welche Inhalte steht die Partei dann überhaupt noch? Und welche Köpfe können ihr künftig ein Gesicht verleihen, nachdem Trump ihre ganze Führungsgeneration von Hillary Clinton über Nancy Pelosi bis hin zu Joe Biden, Kamala Harris und Chuck Schumer hinweggefegt hat?

Wenn sich die Demokraten wieder aufrichten wollen, dann am ehesten mit populären Gouverneuren aus Swing States wie Josh Shapiro oder Gretchen Whitmer. Sie haben in Pennsylvania (Shapiro) und Michigan (Whitmer) nachgewiesen, dass sie auch Unabhängige und Republikaner für sich begeistern können. Und sie haben sich nicht um Pronomen und Gendersternchen geschert, sondern Infrastruktur und Gesundheitsversorgung verbessert, Unternehmenssteuern reduziert, Regierungsjobs für Nichtakademiker geöffnet und mehr Geld für Schulen bereitgestellt. Wenn die Demokraten

wieder wettbewerbsfähig werden wollen auf nationaler Ebene, dann müssen sie sich um die Alltagsprobleme der Mittelschicht kümmern und bombastische Weltverbesserungspläne ad acta legen.

So fundamental Trump das parteipolitische Koordinatensystem verrückt hat, so drastisch dürfte er Land und Welt nach seinem Gusto umodeln. In der Innen- und Wirtschaftspolitik setzt er auf den Kampf gegen illegale Immigration, Strafzölle, Steuersenkungen und Deregulierung. Beginnen wird Trump mit der Einwanderung, dem Brot- und Butter-Thema seiner Politikkarriere. Gleich nach seiner Vereidigung am 20. Januar dürfte er Dekrete unterzeichnen, die die Südgrenze abschotten und den Beamten erlauben, Asylbewerber zurückzuweisen. Im Wahlkampf hat er darüber hinaus versprochen, „die größte Massendeportation (illegaler Einwanderer) in der amerikanischen Geschichte“ zu beginnen. Dabei könnte Trump auf Notfallrechte zurückgreifen, mit denen im Zweiten Weltkrieg Bürger mit japanischen, deutschen oder italienischen Wurzeln interniert wurden.

Wie viele der etwa elf Millionen Papierlosen davon betroffen wären und wie die Abschiebungen organisiert würden, sagt Trump nie. Aber er ist auf die Hilfe von Lokalregierungen und Privatunternehmen bei ihrem Auffinden und auf die von Militär und Nationalgarde bei ihrer Deportation angewiesen. Die Gerichte dürften ihm dabei weniger in den Arm fallen als in seiner ersten Regierungszeit, schließlich hat er damals Hunderte konservative Bundesrichter ernannt, darunter drei im Supreme Court. Der finanzielle Aufwand einer solchen Aktion ist freilich enorm. Das überparteiliche American Immigration Council schätzt, es würde fast

**Die Demokraten  
werden ihre Fixierung  
auf Klimaschutz,  
Gender und Wokeness  
wohl verbannen**



eine Billion Dollar kosten, alle Illegalen aus dem Land zu schaffen. Und: Es könnte die Wirtschaftskraft der USA, so eine Berechnung der University of New Hampshire, um 6,2 Prozent verringern.

Danach wird sich Trump an den Außenhandel machen. Schon 2018 belegte er Warengruppen wie Sonnenkollektoren, Stahl, Aluminium und Waschmaschinen aus China, der EU, Kanada, Mexiko und Südkorea mit Strafzöllen von 10 bis 50 Prozent. Jetzt droht er massive Importsteuern für Autos und Autoteile an – gerade für Deutschland eine Horrorvorstellung. Solche spezifischen Zölle kann Trump autonom erhöhen, indem er sich auf das Handelsgesetz von 1974 oder das Gesetz über Internationale wirtschaftliche Notstandsbefugnisse von 1977 beruft. Doch Trump will weiter gehen und die Zölle für alle Importe auf 20 Prozent heraufsetzen, für China sogar auf 60 und für Mexiko auf 100 Prozent. Das wäre die gravierendste Abkehr vom Freihandel seit den 1930er Jahren.

Dafür benötigt Trump die Zustimmung des Kongresses, was angesichts der dortigen Mehrheiten allerdings kein Problem sein sollte. Dass Zölle Produktivität zerstören und jeder durch sie in den USA gerettete Job Unsummen verschlingt, wissen Ökonomen seit langem. So kostete jeder Arbeitsplatz, der 2018 durch Importsteuern auf südkoreanische Waschmaschinen neu geschaffen wurde, den Steuerzahler 815 000 Dollar. Das Peterson Institut für Internationale Wirtschaft hat errechnet, ein genereller 20-prozentiger Zoll würde Haushalte mittleren Einkommens mit 2600 Dollar im Jahr belasten. Ein dadurch wahrscheinlich ausgelöster globaler Handelskrieg käme ein Vielfaches teurer.

Da die USA einen geringeren Teil ihres Wohlstands dem internationalen Warenaustausch verdanken als China, die EU oder insbesondere Deutschland, glaubt Trump, am längeren Hebel zu sitzen. Auf jeden Fall dürfte in Peking und Brüssel, in Mexico City und Ottawa das große Zittern beginnen. Aber auch die USA werden leiden: Wer in einer Vollbeschäftigungsökonomie gleichzeitig den Zustrom von Arbeitern und den von Waren kappt, treibt unweigerlich die Inflation nach oben. Und die hat Trump bisher allein Biden in die Schuhe geschoben und damit viele Wähler von seiner überlegenen Wirtschaftskompetenz überzeugt.

Bei den Steuern hat Trump massive Einschnitte versprochen. So sollen die für Unternehmen auf 15 Prozent fallen, nachdem er sie in seiner ersten Amtszeit bereits von 35 auf 21 Prozent gesenkt hatte. Zugleich will er seine 2017 gewährten und 2025 auslaufenden Einkommenssteuerminderungen dauerhaft festschreiben sowie Trinkgelder und Renten

## **Jetzt droht Trump massive Importsteuern für Autos an – gerade für Deutschland eine Horrorvorstellung**

von Abgaben befreien. All das würde das mit 7 Prozent im Jahr 2024 ohnehin gigantische Haushaltsdefizit der USA in der nächsten Dekade um weitere 10,5 Billionen Dollar aufblähen. Schließlich setzt Trump auf niedrige Zinsen und eine schwache Währung, um Investitionen und Exporte anzukurbeln. Die Folge all dieser Maßnahmen: explodierende Verschuldung, steigende Preise, weniger Wohlstand.

Auch will Trump die Wirtschaft von Regulierungsfesseln befreien. Er hat nach seiner Wahl bereits angekündigt, Nationalparks zu verkleinern, um Minentätigkeit und Energieförderung zu erleichtern. Er wird Umweltschutzauflagen zurückdrängen, Vorschriften für Banken und Kryptowährungen lockern sowie den Beamtenapparat verkleinern und entmachten, der über die Einhaltung der Auflagen wacht. Nicht umsonst schossen Bitcoin-Preise sowie Auto-, Öl-, Finanz- und Energieaktien nach seinem Wahlsieg nach oben. Profitieren dürfte ebenfalls Trumps neuer bester Buddy Elon Musk, der reichste Mann der Welt und von einer ihm gewogenen Regierung abhängig bei E-Auto-Subventionen und staatlichen Raketentransportaufträgen.

Ob Trump mit seiner Deregulierung jedoch in seiner zweiten Amtszeit gesamtwirtschaftlich mehr bewirken wird als in seiner ersten, ist fraglich. Damals blockierten Gerichte 80 Prozent seiner Initiativen, gegen die Klage erhoben worden war. Das Bankhaus Goldman Sachs kam zu dem Schluss, Trumps Deregulierungen von 2017 bis 2021 seien unerheblich für die ökonomische Entwicklung des Landes gewesen.

Befestigungsanlage  
an der amerikanisch-  
mexikanischen Grenze in  
San Ysidro, Kalifornien



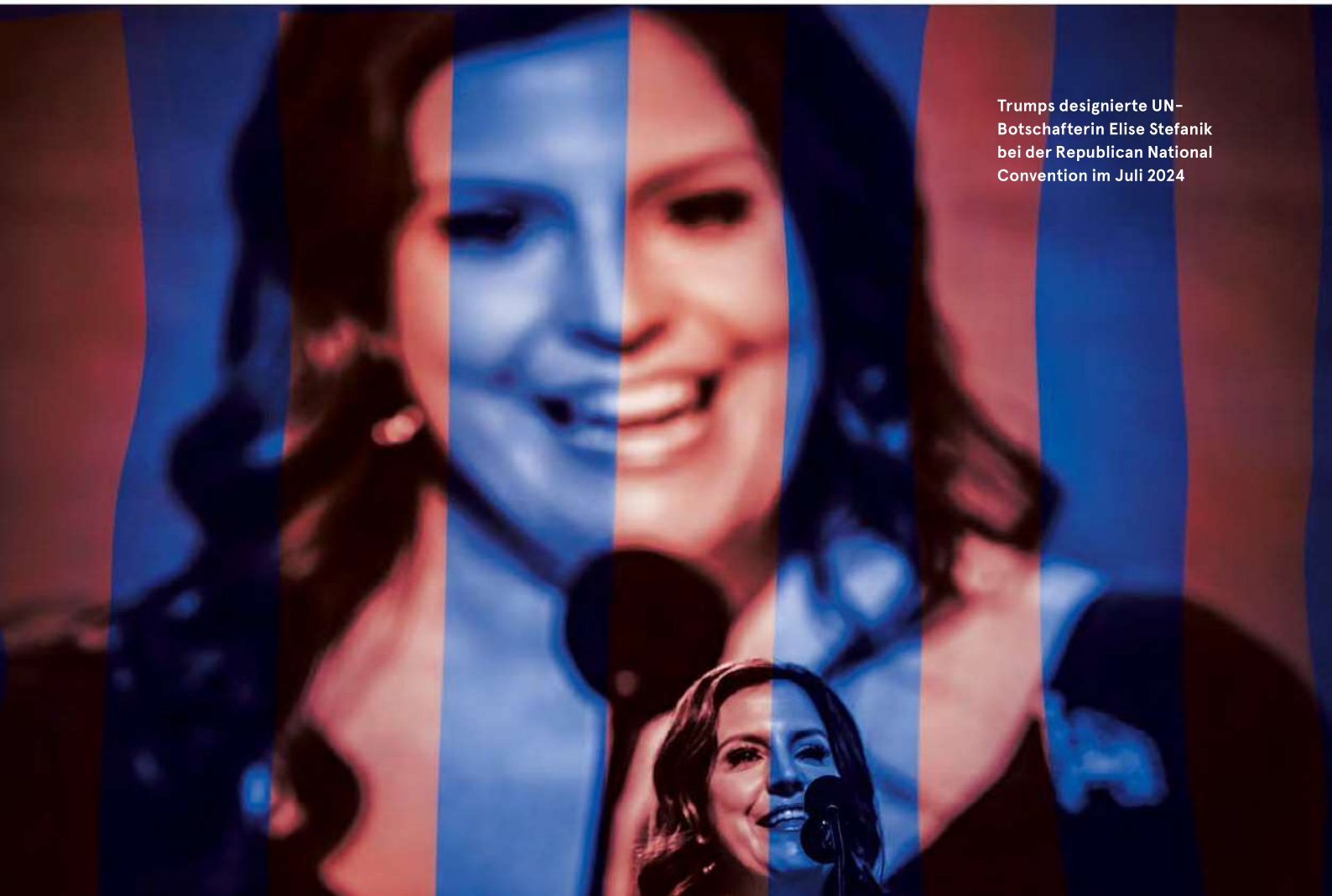
Der künftige amerikanische  
Vizepräsident JD Vance  
bei einem Town-Hall-  
Meeting in Ohio, April 2022







Aktivisten der Klimaschutz-  
Vereinigung Extinction  
Rebellion bei einer Demo  
in New York, April 2022



Trumps designierte UN-  
Botschafterin Elise Stefanik  
bei der Republican National  
Convention im Juli 2024



Donald Trump bei  
einer „Get out the  
vote“-Veranstaltung in  
Georgia, März 2024



So widersprüchlich, teuer und riskant Trumps Innen- und Wirtschaftspolitik sind, die größte Gefahr geht von ihm für die Demokratie aus. Trump hat allem Anschein nach keine demokratische Faser im Leib, wie er mit seiner oftmaligen Aussage demonstrierte, nur Wahlergebnisse anzuerkennen, die ihn zum Sieger küren. Eine Niederlage zu akzeptieren, ist allerdings der heilige Gral jeder Demokratie. Wie Trump damit umgeht, demonstrierte er am 6. Januar 2021, als er seine Anhänger den Kongress stürmen ließ – ein politisches Kapitalverbrechen, das fünf Menschenleben forderte. Er verherrlicht die 1500 angeklagten und bereits verurteilten Gewalttäter als „Patrioten“ und dürfte sie alle umgehend begnadigen.

Regelmäßig spielt Trump mit autoritären Ideen, etwa wenn er davon spricht, Diktator an Tag seiner Präsidentschaft sein zu wollen oder dass ihm die Verfassung in Artikel II grenzenlose Kompetenzen verleihe. Genau das tut sie nicht. Doch ein System der Checks and Balances, der Gewichte und Gegengewichte, in dem keine Institution oder Person Macht ungehindert ausüben kann, widerspricht Trumps Absolutheitsanspruch. Er ist dem Charakter nach autokratisch und megaloman, der einen Xi Jinping oder Wladimir Putin um ihre totale Herrschaft beneidet.

Das Ziel der Machtkonzentration in seiner Person wird er in seiner zweiten Amtszeit entschlossen verfolgen. Größte Hilfe ist ihm dabei die schärfste parteipolitische Polarisierung in der Geschichte der USA. Sie hat seinen Aufstieg ermöglicht, er hat sie angeheizt und auf neue Höhen geführt, er wird sie nun nutzen, um die von der Verfassungstheorie

## Vom Parlament ist kein Widerstand zu erwarten, da Trump sich die Republikaner schon unterworfen hat

und -praxis vorgesehenen Kontrollen des Präsidentenamts abzuschütteln. Das fängt in der Regierung an, die er sich gemäß der umstrittenen Unitary Executive Theory völlig unterwerfen will. Sie besagt, dass es allein die Präsidenten sind und nicht die Minister und unabhängige Behörden wie Zentralbank, FBI oder Umweltschutzbüro, die alle Gewalt über die Exekutive haben.

Vom Parlament ist ebenfalls kein Widerstand zu erwarten, da er sich die Republikanische Partei schon unterworfen hat wie ein Guru seine Jünger, sie gehorcht ihm aufs Wort. Der Kongress, qua Verfassung eigentlich Gegengewicht zur Exekutive, dürfte in den nächsten beiden Jahren darum alles abnicken, was ihm Trump an Gesetzentwürfen überstellt. Bundesgerichte, allen voran den Supreme Court, hat Trump schon in seiner ersten Amtszeit mit vielen Loyalisten besetzt, die die Ausweitung präsidentieller Vollmachten befürworten. Markantes Beispiel war der Richterspruch in „Trump v. United States“ vom Juli 2024, der dem Präsidenten völlige Immunität vor Strafverfolgung gewährt, solange er eine Handlung zum offiziellen Akt erklärt.

Die Bürokratie, eigentlich Garant ordnungsgemäßen Regierens, aber von Trump als feindlicher „tiefer Staat“ geißelt, dürfte er per Dekret entmachten, zusammenstreichen und die wichtigsten Stellen mit Tausenden, von der reaktionären Heritage Foundation auf Herz und Nieren überprüften Jasagern besetzen. Er wird „Schedule F“ wieder in Kraft setzen, eine Sonderverordnung, die ihm erlaubt, auch Karrierebeamte zu feuern. Und an kritischen Medien kann er dank Musks Twitter/X und seinem Truth-Social-Kanal vorbeikommunizieren.

Trump ist drauf und dran, nach seiner Partei auch dem Regierungssystem seinen Willen zu

**Die Bürokratie, von Trump als feindlicher „tiefer Staat“ geißelt, dürfte er per Dekret entmachten**



oktroieren. Zur Diktatur werden die USA unter ihm wohl nicht, das wird selbst er in den kommenden vier Jahren nicht schaffen – und eine erneute Kandidatur verbietet ihm der 22. Verfassungszusatz. Eine Art auf Personenkult gedrillte Ein-Mann-Demokratie indes ist durchaus realistisch.

Das berührt auch das Verhältnis der USA zum Rest der Welt, in erster Linie zu ihren Verbündeten. Seit 1787 sind sie der Leitstern der Demokratie, seit 1941 haben sie die liberale internationale Ordnung aufgebaut, gepflegt und ausgeweitet, die den Alliierten, insbesondere der Bundesrepublik, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand bescherte. Der Lohn: ein riesiges Bündnisystem mit weltweit 50 engen Partnern, was Russland und China nicht einmal ansatzweise vorzuweisen haben. Damit ist es jetzt vorbei. Trumps Wahlsieg bedeutet, dass die Garantiemacht dieser Ordnung sie nun von innen heraus auszuhebeln versuchen wird. Trump versteht Außenpolitik wie das Konzert der Mächte des 18. und 19. Jahrhunderts, als die Großen das Schicksal der Kleinen entschieden. Für internationale Organisationen und multilaterales Vorgehen ist da kein Platz.

**D**ie Benennung der ihm hundertprozentig ergebenen Elise Stefanik als neuer UN-Botschafterin unterstreicht dies. Sie hat den Auftrag, die verhassten Globalisten aufzumischen. Das dürfte den Nationalpopulisten überall in der Welt Auftrieb verleihen, wie schon sein Wahlkampf 2016 und sein erster Wahlsieg den Brexit-Anhängern und Geistesverwandten wie Jair Bolsonaro in Brasilien Auftrieb verliehen hatte. Falls Trump seine innenpolitischen Gegner juristisch verfolgen lässt, wie er mehrmals angekündigt hat, setzt das einen weiteren gefährlichen Präzedenzfall. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, Israels Premier Benjamin Netanjahu, aber auch Russlands Präsident Wladimir Putin freuen sich über Trumps Rückkehr, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen.

Orbán, seit Jahren gern umschwärmter Gast bei Parteikonferenzen der Republikaner, sieht in ihm einen Verbündeten bei der Errichtung seiner illiberalen Demokratie. Netanjahu erwartet nun freie Hand bei seinem Krieg gegen die Hamas, die Hisbollah und vielleicht, irgendwann, gegen den Iran. Und Putin setzt auf die zerstörerische Kraft des amerikanischen Präsidenten, der die Nato zu Grabe tragen und die eigenen Truppen aus Europa abziehen könnte. Damit hätte der Kreml sein seit 1955 verfolgtes Ziel doch noch erreicht – nicht aus eigener Stärke oder durch erfolgreiches Schüren des Antiamerikanismus

in Deutschland, sondern weil Trump der weltpolitischen Verantwortung seiner Nation und vor allem der Europäer überdrüssig geworden ist.

Mulmig dürfte es Chinas Staatschef Xi Jinping zumute sein. Angesichts seiner horrenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme – von Immobilienkrise bis Jugendarbeitslosigkeit – braucht er nichts weniger als einen Handelskrieg mit Washington. Mit Grauen erinnert sich Peking, wie Trump 2018 wichtige Exportindustrien mit Strafzöllen belegte. Gleichzeitig schwingt die Erwartung mit, er könne die Bande zu wichtigen Verbündeten wie Südkorea und Japan wegen Wirtschaftsdisputen schwächen, was durchaus im eigenen Interesse wäre. Hoffnung setzt China zudem auf Elon Musk, der große Geschäftsinteressen im Land hat und sich in den vergangenen Monaten zu einem wichtigen Trump-Flüsterer entwickelte.

Panik dagegen herrscht bei so unterschiedlichen Ländern wie dem Iran und der Ukraine. In Teheran gilt Trump als Staatsfeind Nummer eins, seit er 2018 das Atomabkommen kündigte und das Land mit harten Sanktionen überzog. Zwar hat der Iran seither mit Russland und China Zweckbündnisse geschlossen, aber beide Staaten wären wohl nicht bereit, ihm im Ernstfall zu Hilfe zu eilen. Ob Trump sich indes von Israel in einen militärischen Konflikt im Mittleren Osten hineinziehen lassen würde, ist unwahrscheinlich. Schließlich wettet er seit fast einem Jahrzehnt gegen Amerikas endlose Kriege, und ein Waffenangriff mit dem Iran könnte sich zu einem solchen entwickeln. Eher wird Trump die letzten US-Truppen aus dem Norden Syriens und dem Westen des

**Panik herrscht bei  
Ländern wie dem Iran und  
der Ukraine, in Teheran  
gilt Trump als Staatsfeind  
Nummer eins**





Elon Musk, bald zuständig für Regierungseffizienz, hält eine Wahlkampfrede in Pennsylvania, Oktober 2024



Mikrofone stehen bereit bei einer Wahlkampfveranstaltung in New York, Oktober 2024



Irak abziehen – wohl zur Freude des türkischen Präsidenten Erdogan und des syrischen Machthabers Assad, die ihre Macht- und Territorialansprüche dann ungehinderter verfolgen könnten – zulasten insbesondere der Kurden.

**K**ein Land hat durch die Machtübernahme Trumps allerdings mehr zu verlieren als die Ukraine. Wiederholt signalisierte er, das Land auf dem Altar seiner Dealmaking-Fantasien mit Putin opfern zu wollen. Mit dessen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj jedenfalls ist Trump schon in seiner ersten Amtszeit umgesprungen wie mit einem Laufburschen, der ihm für Waffenlieferungen erst mal Schmutzgeschichten über Bidens Sohn Hunter liefern sollte. Jetzt kämpft die Ukraine mit dem Rücken zur Wand, und Trump weiß, dass ihr Überleben von amerikanischen Waffen abhängt. Schon bisher lieferten die USA der Ukraine 80 Prozent ihrer Rüstungsgüter.

Fast verzweifelt gratulierte Selenskyj Trump zum Wahlsieg und versuchte ihm eine Frieden-durch-Stärke-Strategie einzusäuseln. Ließe Trump das Land fallen, wäre das eine Katastrophe nicht nur für Ukrainer, Nato und Völkerrecht, sondern es könnten dann auch viele Millionen Flüchtlinge nach Deutschland strömen. Und das dürfte AfD und BSW bei Wahlen in unerreichte Höhen katapultieren – ein Traum für Putin, Orban & Co.

Deutschland droht damit der zweite große Verlierer in Trumps Welt zu werden. Es hat in den Schröder- und Merkel-Jahren alles falsch gemacht, was falsch zu machen war: die Bundeswehr verrotten lassen, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato ignoriert, die Atomkraftwerke abgeschaltet, sich Russlands Gas und Chinas Markt ausgeliefert, das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA wegen Chlorhähnchen sabotiert, die Massenimmigration laufen lassen, den Sozialstaat aufgebläht statt in Infrastruktur zu investieren.

2025 steht Berlin der erneuten Trump-Präsidentschaft genauso schwach und unvorbereitet gegenüber wie 2017. Die Zeitenwende ist nie Praxis geworden, sondern immer PR-Gag geblieben. Und die Lage Europas ist heute prekärer als vor acht Jahren – wegen Putins Vernichtungskrieg in Osteuropa, wegen des Brexit, wegen der Stagnation der großen EU-Volkswirtschaften, wegen der deutschen und französischen Führungsschwäche. Damit wackeln die Grundlagen der deutschen Außenpolitik seit 1949 bedenklich: die amerikanische Sicherheitsgarantie, das offene Handelssystem, die Einbettung in internationale Organisationen. Ob die von Biden zugesagten Mittelstreckenraketen je in Deutschland stationiert werden, um es vor russischer Droh- und Erpressungspolitik zu schützen, steht in den Sternen.

Dazu wird Trump das Pariser Klimaprotokoll kündigen und den Freihandel abwickeln, die wichtigste Basis für den deutschen Wohlstand. Schon jetzt investieren deutsche Konzerne und international tätige Mittelständler immer stärker in den USA, um hinter die erwarteten Zollschranken zu kommen. Schließlich dürfte Trump von der EU auch Gefolgschaft einfordern bei einem harten Abschottungskurs gegen chinesische Importe, insbesondere in der Hochtechnologie. Sein Wahlsieg hat deshalb auch unmittelbare Folgen für die Machtverteilung in der Union, wo nach dem Ausstieg Großbritanniens die Etablierten und Protektionisten in Paris und Rom die Oberhand über Berlin zu gewinnen drohen. Berlin wird sich künftig immer öfter – wie Kevin im Hollywoodstreifen – allein zu Haus finden. ●

Fotos: Mark Peterson/Redux/Laif (Seiten 14 bis 21 und Seite 24 u.), Mark Peterson/The New York Times/Redux/Laif (Seite 24 o.)



**ALBERTO**

PANTS WE LOVE SINCE 1922

